

Meinungen und Standpunkte

Im Sternzeichen des Sündenbocks

Bereits steht eine nächste Initiative im Fokus der politischen Meinungsbildung. Daraus folgend – unter dem Strich – ein Bekenntnis dafür oder dawider. Auch die Überfremdungsinitiative teilt die Lager primär in Rechts und Links.

Am Abstimmungstag des 9. Februars 2014 gilt pro oder kontra. Das Thema Masseneinwanderung beschäftigt die politische Schweiz seit Jahrzehnten. Ältere erinnern sich an die sogenannte «Schwarzenbach-Initiative», die das Thema 1970 aufgriff. Es gab für die politische Rechte – deutsch und deutlich – «zu viele Tschinggen» im Land. Aktuell ist das Thema nur marginal vom einstigen abweichend und im erweiterten Fokus dasselbe: Am besten die Schweiz zu machen und schön unter sich bleiben. Ein Land aus «echten Schweizern».

Auch diese aktuelle Initiative gehört selektiert. Es gibt Fakten, die durchaus zu beleuchten und zu diskutieren sind. Ein geografisch kleines Land darf und muss auf Herausforderungen reagieren. Die Schweiz ist nicht Australien oder Kanada, die in



Die schöne Schweiz und edel weiss: Sollen Ausländer nur begrenzt daran teilhaben können?

Bild: Bruno Füchslin

ihren Grössen fast aus Unbegrenztem schöpfen können. Argumente gegen «zu viel» sind ernst zu nehmen, und wo sie zu treffen, sind Korrekturen angebracht.

Tiefe psychologische Ursachen

Es gibt auch eine emotionale Seite bei dieser Initiative. Sie ist es auch, die zuweilen ganz anders interpretieren lässt. Im Wort der Überfremdungsinitiative ist ein «fremd» enthalten. Und genau dies ist, emotional beleuchtet, der Knackpunkt. Es gibt Menschen, die in ebendiesem «fremd» die Möglichkeit der Entwicklung, des Kennenlernens, der Kontakte und neuer Horizonte erkennen. Umgekehrt reagieren Menschen ängstlich, ablehnend und negativ. Es ist nicht das eine richtig und das andere falsch. Menschen sind so; ob in der Schweiz oder anderswo auf der Welt.

Ausgerechnet SVP-Hardliner Hans Fehr hat in seinen Erklärungen betreffend Schwarzarbeit seiner Putzhilfe den Nagel auf den Kopf (oder den Hammer auf den Daumen?) getroffen: «Die einzelnen Menschen sind nicht das Problem – es ist die Masse.» Zu einzelnen Menschen kann man Kontakt haben (und dann sind diese Leute gar nicht so ausländisch), aber die Masse (kontaktlos und unpersönlich) erzeugt offenbar ein Gefühl von Hilflosigkeit gegenüber einem vermeintlichen Monster.

Dann gehts schnell: Lauernde Urängste vor angeblichem oder tatsächlichem Verlust von Sicherheit und Selbstbestimmung

werden zum politisch potenzierten Faktor. Auch diese neue Abstimmung hat im emotionalen Bereich tief psychologische Ursachen. Statt sich damit zu beschäftigen, will man die Ursache oberflächlich lösen. Was liegt näher, als die Ausländer gleich der Überschaubarkeit halber ins Sternzeichen des Sündenbocks zu verfrachten? Dies geschieht meist undifferenziert, noch und noch mit Negativbeispielen untermauert. Weg mit allem, was auch nur annähernd einen Positiveindruck ergäbe.

Mitmenschen oder Etiketten?

Im Oktober 2010 erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel: «Multikulti ist gescheitert.» Seltsam, dass darauf so wenig Kontra gegeben wurde. Wie soll man auch kontern? Der Alltag mit Menschen aus anderen Kulturen birgt da und dort durchaus Zündstoff. Nur leider schweigen jene meist, die primär einen Mitmenschen sehen statt eines Etiketts oder einer Masse. Jene, die mit Ausländern so gut wie keine oder dieselben Probleme haben wie mit Einheimischen. Zwischenmenschliche eben. Und dort, wo es keine Probleme gibt, lassen sich für Medien auch keine Geschichten machen, die «etwas hergeben». Nichts Langweiligeres und Unverkäuflicheres als das Normale. Wie seltsam: Da gehen Medien und Politik für einmal denselben Weg.

Bruno Füchslin,
bfoxli@bluewin.ch

IMPRESSUM OST

Redaktion/Koordination

Heinz Wiggenhauser,
wiggenhauser@bluewin.ch

Regionalredaktion

Oberer Zürichsee:

Jakob Solenthaler,
jakob.solenthaler@syna.ch

Ostschweiz:

Fabio Stump,
fabio.stump@stafag.ch

Zürich/Schaffhausen:

Peter Schmidt,
peter.schmidt@syna.ch

Ausgabe 2/14:

Redaktionsschluss: 3. Februar
Erscheinungsdatum: 21. Februar

Region Zürich/Schaffhausen

IV oder Sozialamt?

Gegen Krankheit und Invalidität bin ich versichert – warum muss ich dann trotzdem aufs Sozialamt?

Seit der letzten IV-Revision, bei der die integrativen Instrumente ausgebaut wurden, sehen wir immer mehr Fälle, bei der eine Integration nicht möglich ist und eine Invalidenrente verweigert wird. Das Zitat aus einem ablehnenden Entscheid einer Sozialversicherungsanstalt soll als Ausgangspunkt dienen: «Aufgrund der eindeutigen Sach- und Rechtslage ist ein anderer Entscheid nicht möglich.»

Der Fall

Es handelt sich um eine 50-jährige Frau, die seit mehreren Jahren wegen schwerer körperlicher Schmerzen und schwerer Depressionen in verschiedenen Kliniken in Behandlung ist. Immer wieder versucht sie zu arbeiten – sie schafft es nicht. Die behandelnden Mediziner schreiben sie schon lange krank, und eine Anmeldung für eine Invalidenrente ist erfolgt. Wer sie kennt, merkt sofort: Sie kann nicht nur nicht arbeiten; auch der Haushalt überfordert sie konstant.

Der Entscheid

Dann meldet sich die Sozialversicherungsanstalt mit einer Verfügung: keine Rente möglich. Sie solle sich doch eine «behinderungsangepasste Tätigkeit» suchen, welche gleich noch genau beschrieben wird: «Behinderungsangepasste Tätigkeit, das heisst körperlich leichte Tätigkeiten in temperierten Räumen, die abwechslungsweise sitzend und stehend ausgeübt werden können, ohne dass dabei häufig rotierte Kopfhaltung eingenommen wird und Gegenstände über 5 kg gehoben oder getragen werden müssen und die nicht mit Arbeiten über der Horizontalen verbunden sind sowie Arbeiten ohne emotionelle Belastung, ohne Stressbelastung, ohne erforderliche geistige Flexibilität, ohne vermehrte Kundenkontakte und ohne überdurchschnittliche Dauerbelastung.»

Wer soll das verstehen?

Haben Sie das verstanden? Kennen Sie einen solchen Job? Dann haben Sie mehr Fantasie als ich!

Die betroffene Frau verstand die Welt nicht mehr: Ihr Hausarzt, ihr Schmerzspezialist, ihr Orthopäde, ihr Psychiater – alle hatten sie krankgeschrieben und für nicht arbeitsfähig befunden.

Immer häufiger verweigern die Taggeldversicherer aufgrund von Gutachten ihnen nahestehender Spezialisten die Zahlung weiterer Tagelder und lassen die Versicherten gesundschreiben. Für die Hausärzte und deren Spezialisten sind diese Patienten weiterhin nicht arbeitsfähig und krank. Die IV verweigert eine Rente oder beschreibt Fantasiejobs ...

Ulrich Meyer (Schweiz. Ärztezeitung 2009; 90:14 S. 585ff.) beschreibt das Verhältnis zwischen Medizin und Recht ganz treffend (leider): «Der betroffenen Person muss klargemacht werden, dass sie zwar aus medizinischer Sicht krank und arbeitsunfähig ist, aber aus juristischer Sicht nicht sein soll, weil die Morbiditätskriterien nicht erfüllt sind, an deren Vorhandensein die Rechtsprechung die Leistungsberechtigung knüpft.»

Somit bleibt für immer mehr Betroffene nur der Gang aufs Sozialamt. Wo die meisten bis ins Pensionsalter bleiben. Für uns, die täglich mit diesen Problemen konfrontiert sind, stellt sich mehr und mehr die Frage, ob das nicht System hat. – Oder läuft das System falsch?

juerg.stadelmann@syna.ch,
Regionalsekretär

Ausflug

Ulmer Christkindlmarkt

Jedes Jahr organisiert der Vorstand der Region Zürich/Schaffhausen eine Fahrt zu einem bekannten Christkindlmarkt.

Am 14. Dezember 2013 ging es nach Ulm. Die Stadt an der Donau liegt im Bundesland Baden-Württemberg, an der Grenze zu Bayern, und ist in gut drei Stunden mit dem Car erreichbar. Sie zählt rund 110 000 Einwohner und ist bekannt für ihr gotisches Münster. Der Kirchturm ist mit 161,53 Metern einer der höchsten der Welt. Gleich davor, auf dem Münsterplatz, ist jeweils der Weihnachtsmarkt aufgebaut. Zu bestaunen sind kulinarische Spezialitäten,



Der Weihnachtsmarkt rund um das Ulmer Münster ist beeindruckend. Bild: Andi Trefz

ten, Spielzeug, Kunsthandwerk, Christbaumschmuck, ein Karussell, ein Schafstall mit lebenden Tieren und mehr. Der Anlass zieht nicht nur Gäste aus Mittel- und Süddeutschland an. Auf dem Carparkplatz sind zahlreiche Autobusse aus Österreich, Italien und der Schweiz anzutreffen.

Tief beeindruckt vom Erlebten, kehrten wir nach einem sechsstündigen Aufenthalt zurück nach Zürich. Für alle, die keinen Platz im Bus fanden: Die nächste Fahrt zum Christkindlmarkt ist bereits wieder im Programm 2014.

Andi Trefz,
atrefz000@bluewin.ch

Sektion kirchliche Berufe

Gewerkschaft und Kirche, das passt zusammen!

Die Mitglieder der Sektion kirchliche Berufe diskutierten an der Hauptversammlung (HV) intensiv über ihre Anstellungsbedingungen. In den letzten eineinhalb Jahren wurde ein Dekret über eine einheitliche Dienst- und Besoldungsordnung ausgearbeitet. Ein Meilenstein für die kirchlichen Berufe.

Sektionspräsident Linus Brändle berichtete zu Beginn über den langen Weg bis zum vorhandenen Dekret. Als erstes, nicht ganz einfaches Unterfangen musste der politische Wille für einheitliche Anstellungsbedingungen entwickelt werden. Nachdem eine entsprechende Motion im kirchlichen Kollegium klar angenommen worden war, begann das intensive Arbeiten in der Arbeitsgruppe. Syna-Regionalpräsident Othmar Widmer zeigte sich von Beginn an als treibende Kraft auf Seiten der Arbeitnehmenden. Ihn dürfte es gefreut haben, dass der Dekret-Entwurf an der HV ausgiebig diskutiert wurde. Die vielen Rückmeldungen und Hinweise zeigten klar auf, dass die Mitglieder grosse



Intensives Aktenstudium an der HV der kirchlichen Berufe.

Bild: Florian Kobler

Hoffnungen in die ausgearbeiteten Anstellungsbedingungen setzen. Die Wortmeldungen verdeutlichten, dass ein Beruf im kirchlichen Bereich seine besonderen Eigenheiten hat.

Keine Selbstverständlichkeit

Viele Zusatzaufwendungen der Angestellten in den kirchlichen Berufen werden seit jeher als selbstverständlich erachtet. Dabei betonten die Mitglieder, dass

Freiwilligenarbeit im eigenen Arbeitsfeld nicht grundsätzlich erwartet werden kann, auch nicht in ihrem Beruf. Gerade deshalb braucht es für die kirchlichen Berufe sozial verträgliche und der Arbeit angemessene Bedingungen. Es muss auch in diesem besonderen Tätigkeitsbereich möglich sein, soziale Kontakte oder das Familienleben zu pflegen.

Gelebte Solidarität

Wer denkt, dass Kirchen und Gewerkschaften weit auseinander liegen, täuscht sich. Die Parallelen wurden auch an diesem Abend wieder deutlich. Ein engagiertes Mitglied brachte es im Verlauf des Abends deutlich auf den Punkt: «Gewerkschaften und Kirchen leben Solidarität, das passt zusammen!» Die Mitglieder der Syna-Sektion kirchliche Berufe setzen sich voller Tatendrang für ihr Dekret ein. Damit dienen sie durchaus als Vorbild für andere Berufsgruppen. Beherrzte Einsätze von Basismitgliedern, gepaart mit der Unterstützung ihrer Gewerkschaft, führen auf die Erfolgsspur. Gemeinsam sind alle Beteiligten optimistisch, dass das Dekret im Kirchenparlament erfolgreich verabschiedet werden wird.

Linus Brändle im Interview

Florian Kobler: Linus, warum engagierst du dich bei Syna?

Linus Brändle: Ich bin aus Solidarität mit anderen Erwerbstätigen bei Syna aktiv. Die Gewerkschaft gibt im Konfliktfall hilfreiche Unterstützung und Rückendeckung. Sie unterstützt unsere Sektion aber auch tatkräftig bei der Ausarbeitung von verbindlichen Anstellungsgrundlagen für Kirchenberufe.

Warum sollten sich Arbeitnehmende in einer Gewerkschaft organisieren?

Ich lege jetzt mal den Fokus auf die Angestellten in kirchlichen Berufen: Als Präsident unserer Sektion wünsche ich mir ein wachsendes Bewusstsein, dass wir

aufeinander angewiesen sind. In unserem Beruf gehört die soziale Achtsamkeit zu den Arbeitsaufträgen. Diese sollten wir uns auch untereinander entgegenbringen. Eine Mitgliedschaft bei Syna ist ein Schritt in diese Richtung.

Wie wichtig sind einheitliche Anstellungsbedingungen in kirchlichen Berufen?

Die Ressourcen der Kirchen werden knapper, an vielen Orten muss gespart werden. Einheitliche Anstellungsbedingungen bieten den Arbeitnehmenden einen Schutz vor willkürlichen Eingriffen von einzelnen Kirchgemeinden in die persönlichen Anstellungsbedingungen.

florian.kobler@syna.ch,
Regionalsekretär

VERANSTALTUNGSKALENDER Region Ostschweiz

Region Ostschweiz
HV Syna Fürstenland

14. Februar, 19.30 Uhr
Hofstadl, Gossau,
Besichtigung Blumer-Lehmann AG/
Beniwood AG um 18.00 Uhr

HV Sektion Frauenfeld

Freitag, 21. Februar, 19 Uhr
Alterszentrum Park, Frauenfeld

HV Sektion Bodensee

Freitag, 7. März, Rorschach

HV Sektion Toggenburg

Freitag, 21. März, 19.45 Uhr
Restaurant Freihof, Bütschwil

HV Sektion Appenzell

Freitag, 21. März, Appenzell
Restaurant Altes Bild, Eggerstanden

HV Sektion St. Gallen

Samstag, 22. März
Evang. Pfllegeheim Heiligkreuz, St. Gallen

Region Oberer Zürichsee
GV Sektion Bachtel

Freitag, 7. Februar, 19 Uhr
Hotel Restaurant Laufenbach, Rütli ZH
Das Nachtessen wird von der Sektion
offeriert.
Anmeldung bis 31. Januar an den
Präsidenten Karl Flammer,
Bungertweg 13, 8600 Dübendorf,
Tel. 044 821 26 27,
charly201@gmail.com

Region Zürich/Schaffhausen
**Sektion Winterthur und Umgebung
Rentner-Kegeln/-Jassen**

Donnerstag, 6. Februar, 14–16 Uhr
Donnerstag, 6. März, 14–16 Uhr
Restaurant Trotte, Winterthur-Seen

Generalversammlung

Donnerstag, 27. März, 19 Uhr
Restaurant Hirschen, Winterthur-
Wülflingen

Martini-Mäss

Schon zum vierten Mal war die Syna-Region Ostschweiz an der Frauenfelder Martini-Mäss mit ihrem Messestand vertreten.

Einmal mehr konnten sich die Besucher über unsere Arbeit informieren und die anwesenden Sekretäre vor Ort zu arbeitsrechtlichen und gewerkschaftlichen Themen befragen. Dabei führten wir viele gute Gespräche mit den Besuchern. Syna ist, auch dank diesem Anlass, bei der Ostschweizer Bevölkerung gut bekannt und verankert.

Wettbewerb mit Lidl-Preisen

Viele Besucher nahmen am Wettbewerb teil, der ganz im Zeichen der Sozialpartnerschaft mit unseren Detailhandelsunternehmen stand. Folgende drei Wettbewerbsteilnehmenden wurden im An-

schluss an die Messe von unserer Glücksfee Sandra Prosenik im Syna-Regionalsekretariat Frauenfeld gezogen:

1. Preis (Lidl-Einkaufsgutschein, Fr. 100.–):
Alois Mieschbühler
2. Preis (Lidl-Einkaufsgutschein, Fr. 60.–):
Verena Violetti
3. Preis (Lidl-Einkaufsgutschein, Fr. 40.–):
Ursula Krumenacher

Die Martini-Mäss findet jedes Jahr zu Beginn der festlichen Weihnachtszeit statt, und es gab wie immer viel Bewährtes zu entdecken. Früher war es eine offene Messe, doch dieses Jahr war der Rundgang geführt. Der Besucherstrom, der sich am Syna-Messestand vorbeidrängte, war dieses Jahr somit um einiges grösser als in den letzten Jahren.

guido.schluep@syna.ch,
Regionalsekretär

Leserbrief

Der Print-GAV wird ausgenutzt

Wir haben für einen neuen GAV gekämpft und einem Kompromiss zugestimmt. Dieser besagt, dass Firmen – in Ausnahmefällen und in Absprache mit der Belegschaft – mit den zweckdienlichen Unterlagen und mit Beizug der Arbeitnehmervertretung oder der Arbeitnehmenden die Erhöhung auf 42 Stunden pro Woche erlaubt ist. Nach zweijähriger Einführung sei dies zu überprüfen. Wenn trotzdem Kündigungen ausgesprochen werden müssten, seien die Arbeitnehmervertretung und Arbeitnehmenden zu konsultieren, und die länger gearbeiteten Stunden seien zu entschädigen.

Schon in der Zeit des vertragslosen Zustands hatte der Arbeitgeberverband Viscom seine Mitglieder gezwungen, auf die von ihm geforderten 42 Stunden zu erhöhen. Doch viele Betriebe befolgten diesen Schritt nicht, weil auch das geringe Auftragsvolumen in der Druckbranche diesen nicht rechtfertigte. Staatliche und kommunale Institutionen dürfen Aufträge nur an vertragstreue (sprich dem GAV unterstellte) Unternehmen vergeben.

Doch gibt es jetzt immer mehr Anzeichen, dass dieser «Gummi-Artikel» von vielen Firmen brutal ausgenutzt wird. Den Angestellten wird unter Druck ein Papier zur Unterzeichnung unter die Nase gehalten. Auch andere Betriebe sind auf den Geschmack gekommen, diesen Schritt einzuführen (Wettbewerbsverzerrung). Viele Unternehmen führen keine Personalkommission, welche die Gewerkschaften beziehen könnte. Ebenfalls sind viele der Angestellten nicht gewerkschaftlich organisiert, um hier eingreifen zu wollen – sie sind selber schuld und werden daher auch nicht betreut. Wenn nicht jetzt der Gewerkschaft beitreten – wann dann?

Doch dies war nicht der Sinn für die Zusage dieses Kompromisses für die Gewerkschaften. Diesem Ansinnen muss aus gewerkschaftlicher Sicht der Riegel geschoben werden, sonst ist der neue GAV eine Farce.

Karl Oberholzer, Präsident Sektion Zürichsee-Einsiedeln, Mitglied der Branchenkommission, rapperswil@syna.ch